

a) Zur Angebotsabgabe auffordernde Stelle, den Zuschlag erteilende Stelle sowie Stelle, bei der die Angebote einzureichen sind:

a1) Zur Angebotsabgabe auffordernde Stelle (Vergabestelle):

Name [Landratsamt Greiz](#)
Straße [Dr. Rathenau-Platz 11](#)
PLZ, Ort [07973 Greiz](#)
Telefon [+493661 876141](#) Fax [+493661 87677141](#)
E-Mail vergabe@landkreis-greiz.de Internet www.landkreis-greiz.de

a2) Zuschlag erteilende Stelle:

[Vergabestelle, siehe oben](#)

a3) Stelle, bei der die Angebote einzureichen sind:

Adresse für elektronische Angebote <https://www.subreport.de/E79928289>
Anschrift für schriftliche Angebote [Vergabestelle, siehe oben](#)

b) Vergabeverfahren: **Öffentliche Ausschreibung, UVgO**

Vergabenummer [L/20/49](#)

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:

Zugelassene Angebotsabgabe

- elektronisch
 in Textform
 mit fortgeschrittener/m Signatur/Siegel.
 mit qualifizierter/m Signatur/Siegel.
 schriftlich

d) Art, Umfang sowie Ort der Leistung (z.B. Empfangs- oder Montagestelle):

Ort der Leistung: [Dr.-Rathenau-Platz 11, 07973 Greiz](#)

Art der Leistung: [Abschluss einer Rahmenvereinbarung zur Beförderung, Frankierung und Zustellung von Briefsendungen/Einschreibesendungen für das Landratsamt Greiz im gesamten Gebiet der Bundesrepublik Deutschland sowie geringfügig im europäischen und außereuropäischen Ausland.](#)

Umfang der Leistung:

[Durchschnittliche Sendungsmengen pro Jahr: ca. 62.500 Briefsendungen sowie ca. 1400 Einschreibesendungen.](#)

e) Aufteilung in Lose:

- nein
 ja, Angebote sind möglich nur für ein Los
 für ein oder mehrere Lose
 nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)

f) Zulassung von Nebenangeboten:

- nein
 ja

g) Ausführungsfrist:

[Die Rahmenvereinbarung beginnt am 01.02.2021 und hat eine Laufzeit von 12 Monaten, wobei die ersten 12 Monate der Vertragslaufzeit als Probezeit gelten. In der Probezeit kann die Vereinbarung von beiden Vertragsparteien ohne Vorliegen von Gründen fristlos gekündigt werden. Die Laufzeit verlängert sich automatisch um jeweils 6 Monate, längstens jedoch bis zum 31.01.2025, wenn sie nicht von einer der beiden Vertragsparteien zuvor unter Einhaltung einer Frist von 6 Monaten zum Ablauf des nächsten Vertragslaufzeitendes gekündigt wurde.](#)

h) Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen:

Vergabeunterlagen werden

elektronisch zur Verfügung gestellt unter:

<https://www.subreport.de/E79928289>

nicht elektronisch zur Verfügung gestellt. Sie können angefordert werden bei:

Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Informationen:

Abgabe Verschwiegenheitserklärung

andere Maßnahme:

Der Zugang wird gewährt, sobald die Erfüllung der Maßnahmen belegt ist.

Nachforderung

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden

nachgefordert

nicht nachgefordert

i) Angebots- und Bindefrist:

Ablauf der Angebotsfrist: am 19.11.2020 um 09:45 Uhr

Ablauf der Bindefrist: am 15.01.2021

j) Geforderte Sicherheitsleistungen:

k) Wesentliche Zahlungsbedingungen:

l) Zur Beurteilung der Eignung des Bewerbers verlangte Unterlagen:

Die Vergabestelle behält sich das Recht vor, Erklärungen, Einzelnachweise oder Bescheinigungen innerhalb einer angemessenen Frist nachzufordern (z.B. Bescheinigung in Steuersachen, Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft etc.). Dies gilt für unternehmensbezogene und leistungsbezogene Erklärungen, Nachweise und Bescheinigungen. Nachforderungen von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote betreffen, sind ausgeschlossen.

Diese unternehmensbezogenen Erklärungen, Nachweise oder Bescheinigungen müssen mit dem Angebot vorgelegt werden:

- Eigenerklärung zur Eignung (beigefügtes VHB-Formular "FB 124-LD")

Folgende Unterlagen sind auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb einer angemessenen Frist ebenfalls vorzulegen:

1. Kopie des Nachweises der Eintragung im Berufs- und Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, in dem er ansässig ist, aus dem hervorgeht, dass das Unternehmen zur Erbringung der Dienstleistung berechtigt ist. Der Auszug darf zum Zeitpunkt der Angebotseröffnung nicht älter als 6 Monate sein.

2. Kopie einer gültigen Lizenz zur gewerbsmäßigen Beförderung von Briefsendungen bis zu einem Einzelgewicht von 1000 g im Lizenzgebiet BRD gem. § 5 Abs. 1 und § 6 PostG *)

3. Kopie der vollständigen aktuellen Entgeltgenehmigung/-en der Bundesnetzagentur für die genehmigungspflichtigen Bestandteile des/der angebotenen Preise/s. *)

4. Eigenerklärung, dass kein Lizenzentziehungsverfahren bei der Bundesnetzagentur eingeleitet ist

5. Eigenerklärung zur Wahrung des Postgeheimnisses gemäß § 39 PostG

6. Eigenerklärung zum Schutz personenbezogener Daten nach § 41 PostG

7. Eigenerklärung zum Gesamtumsatz des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren (2017, 2018, 2019) und über den Umsatz des Unternehmens bezüglich der Leistungsarten, die Gegenstand der Vergabe sind sowie die Anzahl der beförderten und zugestellten Sendungen je Leistungsart und Geschäftsjahr (ohne Berücksichtigung der Nachauftragnehmer).

8. Eigenerklärung, dass eine Betriebshaftpflichtversicherung vorliegt, bzw. bis zum Vertragsbeginn abgeschlossen wird und während der gesamten Vertragslaufzeit aufrecht erhalten wird, die alle Risiken, die sich aus der Vertragserfüllung ergeben, absichert.
9. Nachweis zu 3 bis max. 5 in der Versandmenge vergleichbaren Referenzen in den letzten 36 Monaten mit Angabe der Adresse, Telefonnummer und Ansprechpartner, des Auftragswertes, der Vertragslaufzeit und der Anzahl der beförderten und zugestellten Sendungen je Leistungsart und Referenzkunde. Dazu ist jeweils ein aktuelles Referenzschreiben des Referenzgebers einzureichen, in welchem die geforderten Angaben benannt und bestätigt werden.
10. Darstellung des Unternehmerprofils, organisatorischer Aufbau, Gründungsjahr, Rechtsform, Niederlassungen. Angaben zur technischen und logistischen Infrastruktur des Unternehmens (z. B. Sortiereinrichtungen), Transportmittel, Fuhrpark
11. Darstellung der vorhandenen Personalorganisation, wie die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl und die Zahl der Führungskräfte im Unternehmen (ohne Nachauftragnehmer) in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren (2017, 2018, 2019). Aussage zum Anteil der fest angestellten, versicherungspflichtig beschäftigten Mitarbeiter im Unternehmen (ohne Nachauftragnehmer)
12. Darstellung der Mitarbeiterqualifizierung. Der Bieter hat u. a. darzustellen, dass er und seine Mitarbeiter die erforderlichen Kenntnisse, Fertigkeiten und Erfahrungen besitzen, um die ausgeschriebene Leistung ausführen zu können und dass diese Kenntnisse in regelmäßigen Zeitabständen erneuert bzw. aktualisiert werden
13. Vorlage einer Kalkulation des Stundenverrechnungssatzes mit Angabe des Stundenlohns, der lohngebundenen Kosten, der auftragsbezogenen bzw. unternehmensbezogenen sonstigen Kosten sowie von Wagnis und Gewinn gemäß Anlage 8
14. Darstellung der Leistungen, die der Bieter bei Auftragserteilung selbst erbringt (ohne Nachauftragnehmer) und welche Leistungen durch Nachauftragnehmer erbracht werden, auch und insbesondere in Bezug auf die Zustellung der Postsendungen.
15. Darstellung der Qualitätsprüfungen im Unternehmen und der Maßnahmen zur Beseitigung von Leistungsstörungen (z. B. Reaktion auf falsche Empfänger und Rückläufer, Umgang mit Versandspitzen)
16. Erklärung, dass ein Vertrag über Teilleistungszugang mit der DPAG besteht, sofern Konsolidierungsleistungen angeboten werden sollen.
17. Eigenerklärung des Bieters, dass er die Bestimmungen gegen Schwarzarbeit, illegale Arbeitnehmerüberlassung und gegen Leistungsmissbrauch i.S.d. Dritten Sozialgesetzbuches, des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes bzw. des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit einhält
18. Eigenerklärung des Bieters, dass er nachweislich im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit keine schweren Verfehlungen begangen hat, die seine Zuverlässigkeit als Bieter in Frage stellen.
19. Eigenerklärung des Bieters, dass alle Angaben wahrheitsgemäß sind und alle Informationen die aktuelle Situation des Unternehmens widerspiegeln und keine vorsätzlich unzutreffenden Erklärungen in Bezug auf Fachkunde, Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit und Gesetzestreue abgegeben wurden.
20. Vorlage der Bevollmächtigungserklärung bei Bietergemeinschaften. Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft sind bereits bei der Abgabe des Angebotes zu benennen. Alle Mitglieder einer Bietergemeinschaft müssen sich für alle im Zusammenhang mit der zu erbringenden Dienstleistung entstehenden Verbindlichkeiten zur gesamtschuldnerischen Haftung verpflichten. Von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft sind auf Anforderung durch die Vergabestelle die Nachweise nach Ziffer 1 und 2, 4 – 8, 10 – 12, 17 – 23 vorzulegen. Der Bieterfragebogen ist mit dem Angebot für die gesamte Bietergemeinschaft vorzulegen. Bietergemeinschaften haben mit dem Angebot ein Organigramm einzureichen, aus dem sich ergibt, für welche Teilbereiche die einzelnen Mitglieder der Bietergemeinschaft zuständig sind. Es ist nicht zulässig, als Mitglied einer Bietergemeinschaft gleichzeitig als Einzelbieter bzw. als Mitglied mehrerer Bietergemeinschaften ein Angebot abzugeben.

21. Bei Einsatz von Nachauftragnehmern ist eine Erklärung über den beabsichtigten Einsatz von Nachauftragnehmern sowie zu Art und Umfang dieser Nachauftragnehmerleistungen mit dem Angebot abzugeben. Auf Anforderung durch die Vergabestelle sind konkrete Angaben zu diesen Unternehmen, deren Lizenzgebiet sowie von jedem Nachauftragnehmer die Nachweise nach Ziffer 1 und 2, 4 – 8, 10 – 12, 17 – 23 nachzureichen. Weiterhin ist auf Verlangen die Nachauftragnehmerverpflichtungserklärung vorzulegen.

m) Zuschlagskriterien

- siehe Vergabeunterlagen
- nachfolgende Zuschlagskriterien, ggf. einschl. Gewichtung:
siehe Wertungsmatrix (Gesamtpreis 80%, Realisierungskonzept / Kundenorientierung 20%)

Sonstiges:

Nachprüfung behaupteter Verstöße:

Vergabekammer des Freistaates Thüringen beim Thüringer Landesverwaltungsamt
Jorge-Semprún-Platz 4
99423 Weimar

Bei diesem Verfahren findet das Thüringer Vergabegesetz (ThürVgG) Anwendung.
Folgende Formblätter werden von demjenigen Bieter abgefordert, dem nach Durchführung der Angebotswertung der Zuschlag erteilt werden soll (Bestbieterprinzip).

- FB EVB zu Tariftreue, Mindestentgelt und Entgeltgleichheit (ThürVgG)
- FB EVB zur Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen (ThürVgG)
- FB EVB zu §§ 12, 15, 17, 18 ThürVgG